Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 144. | Dresden, Montag den 26. Juni 1911. | 22. Jahrg.

Irrlehre.

Das Spruchkollegium für kirchliche Angelegenheiten hat **den Kölner Pfarrer Jatho wegen Irrlehre zur Amtsentsetzung verurteilt.** Eine lebhafte Protestbewegung gegen dieses Urteil hat in protestantisch-kirchlichen Kreisen sofort eingesetzt, und es fehlt nicht an Stimmen, die prophezeien, daß die Amtsentsetzung Jathos das Gebäude der evangelischen Kirche schwer erschüttern und eine Spaltung herbeiführen werde.

Das Urteil gegen Jatho ist die erste Anwendung des im Vorjahre erlassenen Irrlehrengesetzes, das sich die kirchliche Orthodoxie als Waffe gegen den überhandnehmenden theologischen Liberalismus geschaffen hat. Auf liberaler Seite hat man lange daran gezweifelt, daß die obersten Kirchenbehörden den Mut finden würden, sich dieser Waffe zu bedienen; jetzt ist der Lärm in der liberalen Presse und der Schreck unter den liberalen Pastoren nicht gering. Schon spricht man von einem neuen Opfer, dem Pfarrer D. Max Fischer in Berlin, dem gleichfalls der Prozeß gemacht werden soll, und wie dieser wird vielleicht noch mancher seiner Amtsbrüder vor die harte Notwendigkeit gestellt werden, zwischen Brot und Ueberzeugung wählen zu müssen.

Kein Sozialdemokrat wird Männern, die ihre Existenz opfern, um ihre Ueberzeugung treu zu bleiben, persönliche Achtung und Sympathie versagen. Trotzdem wird sich die sozialdemokratische Presse nicht in der gleichen Weise in die inneren Angelegenheiten der protestantischen Kirche mischen können, wie das jetzt von seiten der liberalen politischen Presse geschieht. Nach sozialdemokratischer Meinung hat jede geistige Gemeinschaft, mag sie eine Religionsgesellschaft, eine Partei oder ein wissenschaftlicher Klub sein, selber die Regeln festzusetzen, nach denen sich die Zugehörigkeit zur ihr bestimmt. So wenig man von der katholischen Kirche verlangen kann, daß sie einen islamitischen Imam zum Papst macht, oder von der Sozialdemokratie, daß sie irgend ein nationalliberales Preßerzeugnis als ihr Parteiorgan anerkennt, so wenig kann man auch von der evangelischen Kirche verlangen, daß sie darauf verzichtet, die Ausübung des geistlichen Lehramts von der Anerkennung bestimmter Glaubenssätze abhängig zu machen. Gewiß kann eine solche Gemeinschaft dadurch, daß sie die Regeln ihrer Zugehörigkeit zu eng faßt, gegen abweichende Meinungen bei sonst übereinstimmender Grundgesinnung zu rigoros verfährt, ihre eigenen Interessen aufs schwerste schädigen, aber gerade deswegen wird nur der, dem diese Interessen auf dem Herzen liegen, das Recht haben, in diesen Dingen mitzureden.

Ob das Spruchkollegium, das den in Köln beliebten Pastor Jatho seines Amtes entsetzte, damit zum Schaden der Kirche eine Dummheit begangen hat, wird sich erst zeigen müssen. Das wird von der Stärke der Kräfte abhängen, und zwar nicht nur von der zahlenmäßigen sondern vielmehr noch von der moralischen Stärke, über die der kirchliche Liberalismus verfügt. Nun stehen zweifellos Millionen von Taufscheinprotestanten dem ganzen Kirchenstreit völlig fern, sie interessieren sich für ihre Kirche nicht mehr und die sozialen Kämpfe des Tages sind ihnen ungleich wichtiger als das ganze Theologengezänke. Mit diesen Scharen kann also der kirchliche Liberalismus nichts anfangen. Auf der andern Seite sind die Massen, über die die Orthodoxie vielleicht noch auf dem platten Lande verfügt, auch nicht viel mehr als tote Last. Aber die Orthodoxie schöpft ihre Kraft aus der politischen Junkerherrschaft in Preußen, und der kirchliche Liberalismus ist eben auch nichts anderes als liberal, d. h. zu innerlich unwahrhaftigen Kompromissen geneigt. Weniger seiner numerischen als seiner moralischen Schwäche wegen erscheinen seine Aussichten dem unparteiischen Beobachter durchaus nicht glänzend.

Ist also das Ende des Kirchenstreits ungewiß und sein Ausgangspunkt, das Urteil über Jathos „Irrlehre", für die politische Kritik nicht erreichbar, so ist doch der Fall Jatho ein Schulbeispiel zur Erhärtung unserer sozialdemokratischen Programmforderung, die da lautet:

> Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

In der Erfüllung dieser Forderung allein liegt der vernünftige Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung. Die religiösen Gemeinschaften sollen unbestrittene Lehrgewalt haben — aber nur über die ihnen freiwillig angehörenden Mitglieder. Wer einer solchen Gemeinschaft angehören oder gar in ihr ein Lehramt üben will, mag sich an ihre Regeln halten. Ein Freund des weiblichen Geschlechts soll eben nicht Mönch werden, ein Liebhaber von Schinkensemmeln nicht Rabbiner und ein liberaler Monist nicht Pastor! Aber der Staat soll auch nicht das Unrecht begehen, Mönchsgesinnung, Rabbinergesinnung, Pastorengesinnung mit Gewalt in die Köpfe seiner „Untertanen" hineinzupressen, sondern er soll es jedem überlassen, sich in religiösen Fragen so vernünftige oder so unvernünftige Ansichten zu bilden, wie er mag. Weder soll er in seinen Schulen den Kindern religiöse Meinungen aufoktroyieren, noch soll er den Steuerzahlern Geld für kirchliche Zwecke abverlangen, er soll in all diesen Fragen nichts anderes üben als volle Toleranz und Neutralität!

Was den Jathostreit vergiftet und die Haltung des Spruchkollegiums auch dem allen religiösen Streitigkeiten Fernstehenden unsympathisch erscheinen läßt, das ist der Umstand, daß hinter dieser scheinbar freien Entschließung einer autonomen Kirchenbehörde die Krallen der staatlichen Zwangsgewalt allzu deutlich hervorlugen. „Die kirchliche Bureaukratie", klagt die nationalliberale Nationalzeitung, „hat die Landeskirche völlig durchsetzt; ein von obenher bureaukratisch regiertes Kirchenwesen ist entstanden, in dem die Gemeinden und Individuen zur Passivität verurteilt sind. Die ganze Verwaltung liegt in den Händen der Konsistorien und Oberkirchenräte, die rein staatliche Behörden und von politischen Gewalten abhängig sind." Das Spruchkollegium wird somit zu nichts anderem als zu einem Werkzeug des preußischen Klassenstaates, der da will, daß dem Volk die Religion erhalten bleibe — die Religion der Unterwürfigkeit und Ergebenheit, die der Pastor Jatho in Köln nicht oder nicht entschieden genug gepredigt hat. Auf alle Fälle ist das heitere Zwischenspiel, das vor einiger Frist die preußische Regierung in höchst ungewohnter Rolle als Verteidiger der evangelischen Freiheit und als Gegner katholischer Modernistenverfolgungen zeigte, nach Gebühr zu Ende. Die dreizehn Spruchkollegen mit amtlichen Funktionen — Oberhofprediger, Geheime Konsistorialräte, Generalsuperintendenten —, die den Pfarrer Jatho wegen Irrlehre seines Amtes entsetzten, machen es auch nicht anders als der Papst!

* * *

Köln, 25. Juni. Das Urteil des Spruchkollegiums gegen Jatho auf Amtsentsetzung hat nicht allein unter den Kölner Anhängern Jathos, sondern in weiten rheinischen kirchlich-liberalen Kreisen Bitterkeit und Entrüstung ausgelöst. Allgemein verurteilt wird die Weigerung des Spruchkollegiums, die Entlastungszeugen zu hören. Der „Verein für evangelische Freiheit" hat bereits durch Einsetzung eines Arbeitsausschusses Vorkehrungen getroffen, wodurch dem Pfarrer Jatho auch fernerhin eine geistliche Tätigkeit am Platze seines bisherigen Wirkens gesichert werden soll.

Galizische Wahlen.

Wien, 26. Juni 1911.

-th- Von den Opfern der Drohobyczer Wahlschlacht ist gestern das fünfundzwanzigste gestorben. Fünfundzwanzig von den mehr als hundert Verwundeten ringen mit dem Tode. Es ist der blutigste Wahltag, den die blutige Wahlgeschichte Galiziens zu verzeichnen hat. Ueber den tieferen Zusammenhang werden uns erst die Verhandlungen des Reichsrates aufklären. Aber was wir heute wissen, reicht gleichwohl hin, einen Begriff zu gewinnen von dem, was galizische Regierungsmethode heißt. In Drohobicz war der offizielle Kandidat der Millionär Löwenstein, dessen Hauptwahlmacher, der freche Emporkömmling Feuerstein und der Bezirkshauptmann Piatkiewicz, seit Wochen „galizische Wahlen" vorbereiteten. Beschwerden der Demokraten bei der Regierung fruchteten nichts. Der Vizebürgermeister Feuerstein hatte 1500 Legitimationen für nicht existierende Wähler fabrizieren lassen und dang zur Ausübung des amtlich eingeleiteten Schwindels Wahlhyänen aus der Umgebung. Ein einziges Wahllokal mit schmalem Eingang wurde für 7500 Wähler eingerichtet. Am Eingang stand Feuerstein, durchmusterte die Wähler, und schickte sie nach Belieben zurück. Gegen das Gesetz wurde eine Mittagspause bestimmt. Die falschen Wähler zogen nun ungehemmt durch die Hintertür ein. Nachmittags entstand unter der aufgeregten Menge vor dem Wahllokal ein Gedränge. Feuerstein, der schon oft mit dem Schießen gedroht hatte, ließ nun die wachehaltenden Soldaten in Aktion treten. Einige hundert Schüsse ohne vorgängige Warnung wurden auf die Fliehenden abgegeben. Unter den Toten sind drei Frauen, ein Knabe, der auf einem Balkon stand, ein Sprachlehrer aus Frankreich. Der Platz war in wenigen Minuten mit fast zweihundert Toten und Verwundeten bedeckt. Doch konnte diesen lange keine Hilfe gebracht werden. Gendarmerie wehrte die zu Hilfe Eilenden ab. Indes die ehrlichen Wähler sich im Blute wälzten, gingen die falschen ungestört hinten herum zur Urne — und abends war Löwenstein gewählt.

Das ist ein Fall, in seiner blutigen Grausamkeit auch einzig, in allem jedoch, was den bloßen Wahlschwindel betrifft, eine Alltäglichkeit. Man vergleiche folgendes Beispiel. Am 21. Juni wurde in Krakau Dr. Marek als der siebente polnische, der achtzigste österreichische Sozialdemokrat gewählt. Während der Wahl brachte man in Erfahrung, daß im Agitationslokal der „Demokraten" Hunderte von Legitimationen lägen, die den Eigentümern nicht zugestellt worden waren und mit denen jetzt falsche Wähler ausgerüstet wurden. Daszynski nötigte nun die Polizeibehörde zum Eingreifen. Eine Haussuchung wurde vorgenommen. Man fand nicht bloß zahlreiche Legitimationen, sondern auch eine ganze Garderobe, bestehend aus Kostümen, die es den Wahlschwindlern ermöglichten, in den verschiedensten Verkleidungen — bald als Eisenbahner, bald als Fabrikarbeiter, bald als Juden usf. — vor der Kommission zu erscheinen. Man entdeckte überdies auch 500 Legitimationen, die aus dem Wahlbezirk Daszynskis stammten und die man bei dessen Wahl nicht mehr hatte „aufarbeiten" können. Die Wahlhyänen der Demokraten wollten flüchten, aber vierzig wurden doch festgenommen und einem dreistündigen Verhör unterzogen. Die ganze Schwindelmaschinerie wurde dadurch zerstört und Dr. Marek trug bei der Wahl den Sieg davon .... Ueberall wird in Galizien so gekämpft, nur in der Hauptstadt jedoch findet man dagegen Mittel der Abwehr.

Vom Gewerkschaftskongress.

Dresden, 26. Juni.

Unter der starken Beteiligung von 388 Delegierten tagt der 8. Gewerkschaftskongreß. In seiner Eröffnungsrede konnte der Vorsitzende der Generalkommission Legien auf den enormen Fortschritt hinweisen, den unsere Zentralverbände in den letzten drei Jahren gemacht haben. Die Hoffnung, die der letzte Kongreß in Hamburg hegte, sei nicht nur erfüllt worden, sondern sie wurde übertroffen; nicht nur die zwei Millionen Mitglieder haben die Gewerkschaften erreicht, sie zählen **gegenwärtig 2 276 000 Mitglieder.** Legien warnte aber, sich angesichts dieser guten Fortschritte einer Selbsttäuschung hinzugeben. Die Unternehmer seien ebenfalls stark organisiert und gingen von ihrer früheren Abwehrtaktik jetzt zur Angriffstaktik über. Die Gewerkschaften hätten sich **auf große kommende Kämpfe einzurichten.** Wenn auch in den Krisenjahren 1908 09 die Zahl der Kämpfe etwas herabging, so zeige die Statistik, daß das Jahr 1910 an Zahl und Umfang der Kämpfe alle früheren Perioden übertreffe. Und die Gewerkschaften seien auf ihre eigene Kraft angewiesen. Unter lebhafter Zustimmung der Delegierten konnte Legien erklären, daß die sozialpolitischen Gesetze nicht etwa unseren Gewerkschaften das Leben erleichtern, sondern erschweren. Wir könnten ganz allgemein die Beobachtung machen, daß alle Vorschläge und Wünsche der Arbeiter in den Kreisen der Regierung nur gehört werden, um in der Gesetzgebung das Gegenteil zum Ausdruck zu bringen. Die Reichsversicherungsordnung und die Hygienische Ausstellung in Dresden seien besondere Beweise dafür. Die Generalkommission habe bei der Ausstellung das weiteste Entgegenkommen gezeigt. Sie wollte eine besondere Aufnahmejury zulassen für ihre Ausstellungsgegenstände, konnte sich aber keineswegs eine Prüfung durch die sächsischen Unternehmer gefallen lassen. In derselben Halle, in der unsere Gewerkschaften ausstellen wollten und die auf ihre Kosten erbaut werden sollte, wurde von uns den Unternehmern Platz für ihre Ausstellung eingeräumt; dann hätte man durch die Ausstellung selbst zeigen können, auf welcher Seite etwa die Tendenz obwaltete. Mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen den Gewerkschaften zum Nutzen gereichen mögen, schließt Legien seine Eröffnungsrede, der sich die Begrüßungsrede des Genossen Buck vom Dresdner Lokalkomitee anschließt.

Auf die altbewährte Leitung des Kongresses durch Bömelburgs Vorsitz muß der Kongreß leider verzichten, da Bömelburg wegen persönlicher Unpäßlichkeit ablehnt. Außer Legien werden Leipart und Schlicke zu Vorsitzenden ernannt.

Der Kongreß tagt ohne Mittagspause von 9 bis 4 Uhr.

Als besonderer Tagesordnungspunkt wird noch eingefügt: Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse.

Die ausländischen Bruderorganisationen sind diesmal nur schwach vertreten. Nach einigen Begrüßungsreden der Vertreter dieser Organisationen gibt Legien den Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Redner bespricht die Tätigkeit der Hausangestellten- und der Landarbeiterorganisation, welch letztere vorher kaum erwartete Fortschritte gemacht habe. Dem Vorwurf, der verschiedentlich gemacht wurde, daß die Generalkommission durch Aufwendung größerer Mittel für diese Organisation die Anstellung von anderen Agitatoren und Sekretären vernachlässige, namentlich im Vergleich zu den von christlicher Seite gemachten Aufwendungen, begegnet Legien mit dem Einwand, daß wir darin mit den Christlichen nicht in Konkurrenz treten könnten. Wie diese bei ihren Mitteln so viele Beamten anstellen könnten, sei ihm unverständlich. Zu der in letzter Zeit vielbesprochenen Frage der Gewerkschaftsschule und den dazu vorliegenden Anträgen bemerkt Legien, daß er eine Verlängerung der Kurse abzulehnen bitte, ebenso die Vereinigung der Partei- mit der Gewerkschaftsschule. Unter vielfacher Zustimmung wendet er sich weiter gegen das Verlangen, nur Parteigenossen als Lehrer an der Gewerkschaftsschule zuzulassen, und verliest eine schriftlich vorliegende Erklärung der Generalkommission, die sich mit der Ansicht der Vorständekonferenz deckt. Danach soll bei der Anstellung von Lehrern entscheidend sein, ob der Lehrer sich seiner Aufgabe gewachsen zeigt, seine Vorträge einwandfrei sind und er das Vertrauen der Schüler hat. Von den Schülern seien bisher Beschwerden gegen die Lehrer nicht erhoben worden, weshalb zu einer Aenderung in der Besetzung der Lehrerstellen kein Anlaß vorliege. — (Die Verhandlungen gehen weiter.)

Deutsches Reich.

Die reichsländische Nationalpartei.

Das erweiterte Komitee der Straßburger Zentrumspartei stimmte folgender Resolution zu: „Das erweiterte Komitee lehnt jede grundsätzliche Gemeinschaft mit der in Bildung begriffenen Nationalpartei ab. Diese Partei gefährdet die Aufrechterhaltung und die Erfüllung der unerläßlichen Aufgaben unserer Parteiorganisation. Die Nationalpartei und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110626/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG